

Beschlußempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft (9. Ausschuß)

zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.
— Drucksache 12/5326 —

Zukunftssicherung durch freien Welthandel

A. Problem

Sicherung der Basis für Wohlstand, Beschäftigung und soziale
Absicherung durch freien Welthandel

B. Lösung

Annahme des Antrags.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. — Drucksache 12/5326 — in der folgenden Fassung anzunehmen:

„Die Basis für Wohlstand, Beschäftigung und soziale Absicherung in den Staaten der industrialisierten Welt besteht in einem freien Austausch von Gütern und Dienstleistungen über die nationalen Grenzen hinweg. Dieser Austausch ist die Grundlage für eine enge Zusammenarbeit der Staaten dieser Erde und verbindet damit unterschiedliche Kulturen und Gesellschaften auf friedliche und fördernde Weise.

Der freie und offene Zugang zu den Märkten für Waren und Dienstleistungen ist gleichermaßen Gewähr und die beste Form der Unterstützung des Reformprozesses in den Staaten Mittel- und Osteuropas und für Wachstum und Wohlstand in den Entwicklungsländern.

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt deshalb die zunehmende internationale Verflechtung der Volkswirtschaften. Er ist sich der Tatsache bewußt, daß diese Internationalisierung einen großen Anpassungsdruck in den einzelnen nationalen Volkswirtschaften mit sich bringt. Er ist jedoch der Überzeugung, daß die Herausforderungen der Zukunft nur gelöst werden können, wenn es gelingt, in den nationalen Volkswirtschaften Strukturreformen auf den Weg zu bringen und Verkrüstungen zu beseitigen.

Der Deutsche Bundestag sieht hierin zugleich die historische Chance, die Reform- und Innovationsfähigkeit der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen in den Industrieländern unter Beweis zu stellen.

Bedingt durch Anpassungsschwierigkeiten und rezessive Tendenzen in der Weltwirtschaft gibt es in der internationalen Gemeinschaft Stimmen, die eine Abkehr vom Prinzip des freien Handels propagieren und eine Lösung wie z. B. „managed Trade“, Selbstbeschränkungsmaßnahmen oder Quotenabkommen suchen.

Der Deutsche Bundestag warnt ausdrücklich vor solchen Forderungen, die insbesondere die Entwicklungsländer und die Staaten Mittel- und Osteuropas beeinträchtigen würden.

Er unterstützt deshalb die Bemühungen der Bundesregierung, sich für einen freien und offenen Welthandel einzusetzen.

Er fordert hierzu die Bundesregierung auf, jede in Frage kommende Chance zu nutzen,

- ein deutliches Bekenntnis zum freien Welthandel und eine klare Absage an alle protektionistischen Bestrebungen und einen gelenkten Welthandel zu geben;

- den Abschluß der GATT-Uruguay-Runde noch in diesem Jahr durch entscheidende Weichenstellungen zu fördern;
- die zunehmenden bilateralen Handelsstreitigkeiten gerade zwischen den großen Handelsblöcken durch Verhandlungen rasch zu beseitigen;
- für eine umfassende internationale Arbeitsteilung einzutreten und die internationale Zusammenarbeit bei der Bewältigung strukturpolitischer Fragen zu intensivieren;
- darauf hinzuarbeiten, daß wettbewerbsverzerrende Maßnahmen und Subventionen rasch zurückgeführt werden;
- die mittel-, südost- und osteuropäischen Staaten sowie die neuen unabhängigen Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion durch Hilfe zur Selbsthilfe zu stabilisieren und sie in ihren Bemühungen, Strukturreformen durchzuführen, zu unterstützen;
- mit Nachdruck für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik einzutreten, die die Voraussetzung für ein kräftiges, nachhaltiges Wirtschaftswachstum ist, das geeignet ist, die Beschäftigungsaussichten zu verbessern;
- zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen unserer Welt die Ergebnisse der Rio-Umweltkonferenz umzusetzen und auf das Erfordernis einer konsequenten und abgestimmten Umweltschutzpolitik auf nationaler und internationaler Ebene hinzuweisen;
- sich für eine Fortführung der Hilfe zur Selbsthilfe im Hinblick zum Aufbau demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen für die Entwicklungsländer einzusetzen, die Initiative des Münchner Gipfels für die ärmsten Länder und die Länder mit niedrigen und mittleren Einkommen konsequent umzusetzen und neuem Blockdenken auch hier entschieden entgegenzutreten.

Der Deutsche Bundestag ist sich bewußt, daß das Umfeld, in dem heute Wirtschaftspolitik gestaltet werden muß, zunehmend komplexer wird. Die Interdependenz des Handelns verschiedener Politikbereiche nimmt zu und dies nicht nur auf nationaler Ebene, sondern zunehmend auch und gerade im internationalen Bereich.

Er fordert die Bundesregierung auf, auch in Zukunft ihre Verantwortung wahrzunehmen, sich den globalen Herausforderungen und Problemen zu stellen und Lösungsmöglichkeiten im Geiste einer internationalen Zusammenarbeit zu erarbeiten."

Bonn, den 20. Oktober 1993

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost

Vorsitzender

Dr. Uwe Jens

Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Uwe Jens**I.**

Der Antrag wurde in der 169. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. Juli 1993 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Wirtschaft und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß, den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und den EG-Ausschuß überwiesen.

II.

Der Auswärtige Ausschuß hat in seiner 72. Sitzung den Antrag beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktion der SPD gegen die Stimme des Vertreters der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Zustimmung. Der Vertreter der Gruppe der PDS/Linke Liste enthielt sich der Stimme.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat den Antrag in seiner Sitzung vom 20. Oktober 1993 durch Zeitablauf für erledigt erklärt.

Der EG-Ausschuß hat in seiner 37. Sitzung am 22. September 1993 die Vorlage — Drucksache 12/5326 — angenommen.

III.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 20. Oktober 1993 abschließend beraten.

Obwohl der Antrag mit Rücksicht auf den Anfang Juli 1993 in Tokyo stattfindenden Weltwirtschaftsgipfel (G 7-Treffen) eingebracht worden ist, bleiben seine Grundaussagen nach Auffassung der Koalitionsfraktionen unverändert gültig. Der Gipfel habe die weltweiten Wirtschaftsprobleme zwar angesprochen, sie jedoch nicht lösen können. Daher bedürfe es lediglich einer Streichung der aktuellen Bezugnahmen auf den Weltwirtschaftsgipfel in Verbindung mit geringfügigen Änderungen und Ergänzungen, damit die in dem Antrag ausgesprochenen Forderungen und Erwartungen im Kern aufrechterhalten werden könnten.

Die Fraktion der SPD hat demgegenüber die Erwartung ausgesprochen, daß die Koalitionsfraktionen ihren Antrag zurückziehen, da er durch Zeitablauf erledigt sei.

Der Ausschuß für Wirtschaft empfiehlt dem Deutschen Bundestag mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und eines Vertreters der Gruppe der PDS/Linke Liste bei Abwesenheit des Vertreters der Gruppe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag mit den von den Koalitionsfraktionen beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Bonn, den 20. Oktober 1993

Dr. Uwe Jens

Berichterstatler